

**Rede
von**

Petra Emmerich-Kopatsch, MdL

zu TOP Nr. 12

Abschließende Beratung

Keine Waffenlieferungen an die Türkei

Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 18/328

während der Plenarsitzung vom 16.05.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin!

Ich bin ganz erschüttert über das, was man hier zu hören bekommt. Ich hätte mich zumindest darüber gefreut, wenn man auch mal Bezug darauf genommen hätte, für wie viele Tote, Verletzte und Schwerstkranke das Assad-Regime verantwortlich ist. Auch das sind Menschen; zumindest aus unserer Sicht. Wenn Sie das anders sähen, fände ich das höchst bedauerlich. Aber Fassbomben auf die eigene Bevölkerung zu werfen, ist sicherlich nichts, was man hier noch irgendwie schönreden müsste, während man andere Menschen beschuldigt, irgendetwas zu machen.

Dass wir den Antrag ablehnen, hat verschiedene Gründe, aber nicht die von Ihnen genannten. Absolut nicht!

Der erste Grund ist, dass dieser Antrag überhaupt nicht in unsere Zuständigkeit fällt. Die Welt ist relativ komplex geworden. Aber die Forderung in diesem Antrag gehört eindeutig in die Zuständigkeit der Bundesregierung, des Bundestags und im Zweifelsfall in die der NATO. Es ist ein NATO-Partner, über den Sie hier reden, auch wenn man nicht mit allem einverstanden sein muss, was gerade geschieht.

Wir stehen in beiden Großen Koalitionen - im Bund und auch hier - zu der Vereinbarung, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern.

Zweitens - und das ist viel wichtiger - ist das hier begehrte Anliegen durch die Große Koalition im Bund im vollen Umfang erfüllt. Für uns gilt ansonsten: Wenn irgendwelche Probleme auftauchen, vertrauen wir unserer Landesregierung und ihren guten Kontakten zur Bundesregierung. Bei militärischem Gerät - Sie führen im Antrag, wenn auch nur in der Begründung, die verbesserte Schutzausrüstung für Panzer an - wurden Lieferungen sofort nach dem Einmarsch in Afrin gestoppt. Insofern wäre es richtig gewesen, wenn Sie Ihren Antrag zurückgezogen hätten. Sie reden hier über etwas, was es überhaupt nicht gibt.

Früher gab es im geringeren Umfang Motoren- und Getriebelieferungen für türkische Panzer - für andere als die Leopard-Panzer. Die Leopard-Panzer, von denen Sie sprachen, die die Türkei hat, sind Anfang der 2000er-Jahre geliefert

worden, als sich damals die Lage zur PKK entspannte. Auch das zeigt, wie schnell sich weltpolitische Veränderungen vollziehen und alles aktuell und genau abgewogen werden muss.

Werte Kolleginnen und Kollegen, das ist lange her und würde heute auch nicht mehr genehmigt werden. Deshalb gilt, solange Krieg gegen Kurden geführt wird: Panzer - nein! Kleinwaffen - nein! Verbesserte Panzerung - nein! Die U-Boote werden nach wie vor ausgeliefert, weil sie dem Schutz der NATO-Außengrenzen dienen.

Ansonsten ist für uns als SPD-Fraktion festzuhalten: Wir bekennen uns ganz klar zu einer Friedens-, Entspannungs- und Abrüstungspolitik. Wir sind gegen jede kriegerische Auseinandersetzung und ziehen in allen Fällen diplomatische Beziehungen vor. Wir sind der Friedenspolitik Willy Brandts verpflichtet und sehen mit allergrößter Sorge, mit welcher rasender Geschwindigkeit sich geopolitische und geostrategische Veränderungen in der Welt ergeben. Man weiß ja manchmal selbst nicht mehr, ob der Verbündete von gestern noch der von heute ist. Bündnisse, die für Jahrzehnte eine Garantie für Frieden darstellten, geraten immer mehr ins Wanken.

Hier ist auch die EU in ihrer Gesamtheit gefragt, die Sie von der AfD ja teilweise infrage stellen; denn wir sind zu klein, um manche der großen Probleme alleine zu lösen. Aber wir sind ein wichtiger Partner. Deshalb werden wir niemals auf die Mittel der Diplomatie verzichten und die verstärkte internationale Zusammenarbeit ausbauen. Wir dürfen an keiner Stelle Gesprächsfäden abreißen lassen; denn uns geht es um den Schutz der Menschen und der Menschenrechte. Das steht für uns an allererster Stelle.

Hierbei sei noch einmal an Gerhard Schröder gedacht, der damals gesagt hat: Deutschland beteiligt sich nicht am Irakkrieg. - Das war genau richtig.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der AfD, es wäre weitaus besser gewesen, Sie hätten Ihren Antrag zurückgezogen. Dann wäre uns diese Peinlichkeit heute erspart geblieben.